

Russische Drohne soll Tschernobyl beschädigt haben

Kiew. Eine russische Drohne hat nach Angaben des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj die Schutzhülle des vor fast 40 Jahren havarierten Atomkraftwerks Tschernobyl beschädigt. Ein Feuer sei gelöscht worden und die Strahlenwerte zunächst nicht erhöht, schrieb Selenskyj bei Telegram. Die Schäden seien aber bedeutend. „Es gibt ein Land in der Welt, das solche Objekte attackieren kann, dass die Territorien von Atomkraftwerken besetzt und Kampfhandlungen führt, ohne überhaupt über die Konsequenzen nachzudenken – und das ist das heutige Russland.“

Auch die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas geht davon aus, dass die in der Nacht gemeldeten Beschädigungen am ukrainischen AKW Tschernobyl auf einen gezielten Angriff Russlands zurückzuführen sind.

Die Internationale Atomenergiebehörde IAEA bestätigte den Vorfall. In der Nacht gegen 1.50 Uhr Ortszeit (0.50 Uhr Mitteleuropäische Zeit) hätten die dort stationierten internationalen Atombeobachter eine Explosion am Sarkophag um den havarierten Reaktor vier gehört. Sie seien dann darüber informiert worden, dass eine Drohne die Überdachung des AKW getroffen habe, heißt es in einer Mitteilung der IAEA.

Der Kreml hat einen russischen Angriff auf das AKW hingegen dementiert. Er kenne zwar nicht die genauen Umstände. „Ich weiß aber eins: Es kann nicht sein, dass Schläge gegen irgendwelche Objekte der atomaren Infrastruktur oder der Infrastruktur der Atomenergie geführt werden“, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow. Daher seien alle solchen Anschuldigungen falsch. „Das russische Militär tut so etwas nicht.“

Im damals sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl explodierte am 26. April 1986 ein Reaktor. Die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl gilt als weltweit schwerster Reaktorunfall. Wegen der Strahlung musste nicht nur das Kraftwerk stillgelegt, sondern auch anliegende Ortschaften evakuiert werden. Bei den Rettungs- und Bergungsarbeiten erlitten Tausende Menschen schwere Strahlenschäden. Über dem ersten Schuttschild wurde mit internationaler Hilfe ab 2010 ein neuer Sarkophag gebaut, der offiziell 2019 eingeweiht wurde.

2022 kurz nach Beginn des von Kremlchef Wladimir Putin befohlenen Angriffskriegs besetzten russische Truppen das Gelände des AKW. Sie mussten sich aber später wieder zurückziehen. DPA

ISRAEL

Hamis feuert trotz Abkommens Rakete

Gaza/Tel Aviv/Beirut. Kurz vor der geplanten Freilassung drei Geiseln hat die islamistische Hamas im Gazastreifen israelischen Angaben zufolge erstmals seit Beginn der Waffenruhe eine Rakete abgefeuert. Das Geschoss ging demnach innerhalb des abgeriegelten Küstengebiets nieder. Krankenhausangaben zufolge kam dabei im Flüchtlingsviertel Nuseirat im Zentrum des Gazastreifens ein 14 Jahre alter Junge ums Leben. Es handele sich um eine klare Verletzung des Waffenruhe-Abkommens, erklärte ein israelischer Armeesprecher. Die Vereinbarung war am 19. Januar in Kraft getreten. DPA

TÜRKEI

Ermittlungen gegen Erdogan-Kritiker

Istanbul. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Präsidenten eines einflussreichsten Wirtschaftsverbands, Mehmet Aras, Ermittlungen eingeleitet, berichtete die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu. Auf einer Generalversammlung des Verbands hatte Aras unter anderem eine politische Einflussnahme auf die Justiz und die Erosion demokratischer Institutionen in dem Land kritisiert. Als Beispiele nannte er Festnahmen von Oppositionellen und die Brandkatastrophe in einem türkischen Skihotel. Grund für die 78 Toten sei ein „zusammenbrechendes System“. DPA

RUSSLAND

Cyberkrimineller aus US-Haft zurück in Moskau

Moskau. Der in einem Gefangenenaustausch zwischen den USA und Russland freigelassene russische Cyberkriminelle Alexander Winnik ist nach Moskau zurückgekehrt. Der russische Außenpolitiker Leonid Sluzki sprach von einem „weiteren Sieg der russischen Diplomatie und aller an der Befreiung beteiligten Dienste und Behörden“, wie die staatliche Nachrichtenagentur Tass meldete. Winnik war in den USA inhaftiert, weil er als Aufseher einer Bitcoin-Börse in großem Stil an Geldwäsche beteiligt war. DPA

Menschenrechte auf dem Prüfstand

Eine Woche lang wurde in Genf beim UN-Menschenrechtsrat Bilanz gezogen

VON BIRGIT SVENSSON

Kairo. US-Präsident Donald Trump verhängt Sanktionen gegen den Internationalen Strafgerichtshof (ICC), der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und grobe Verstöße gegen die Menschenrechte verhandelt. Zwar sind die USA dem UN-Gremium nicht beigetreten, doch werden nun Mitglieder des Gerichtshofs, die an Ermittlungen gegen US-Bürger oder gegen Verbündete der USA beteiligt sind, nicht mehr ins Land gelassen.

Die Zahl der autoritären Regierungen nimmt weiter zu. Ob die USA bald auch dazu gezählt werden müssen, wird sich zeigen. Die Bertelsmann-Stiftung hat bei ihren neuesten Untersuchungen herausgefunden, dass von 137 untersuchten Ländern nur noch 67 Demokratien seien. Mit dem Anwachsen von Autokratien und Diktaturen geraten die Menschenrechte unter Druck, die entweder ignoriert, missachtet oder gar mit Füßen getreten werden.

„Auch wenn autoritäre Regime immer mehr werden“, sagt Barbara Lochbihler, „so bin ich doch zuversichtlich, dass die Frage der Menschenrechte nicht in den Hintergrund tritt und weiter ein Thema bleibt“. In den letzten Jahren seien Instrumente geschaffen worden, die dies gewährleisten. Die Frau aus Bayern ist Mitglied bei Bündnis90/Die Grünen und eine ausgewiesene Menschenrechtsaktivistin. Seit 2019 ist sie gewähltes Mitglied im UN-Menschenrechtsrat in Genf. Seit 2024 gehört sie der Kommission gegen die Todesstrafe und gegen gewaltsames Verschwindenlassen an.

Zu den vom US-Präsidenten verhängten Sanktionen gegen Mitglieder des ICC in Den Haag sagt sie: „Seit der Verabschiedung des Römischen Statuts 1998 hat die internationale Gemeinschaft langsam, aber stetig den Aufbau und die Arbeitsfähigkeit des ICC vorangebracht. Die jetzt von Trump verhängten Sanktionen sind ein direkter Angriff auf die universell gültigen Prinzipien internationaler Gerichtsbarkeit.“

Lochbihler hat viel zu tun. Immer öfter ist die 65-Jährige jetzt in Genf, wo Ende Januar die Menschenrechte einiger Länder auf den Prüfstand kamen. Das sogenannte Universal Periodic Review (UPR) – Deutsch: Allgemeines Periodisches Überprüfungsverfahren – existiert seit 2006 und ist ein von den Vereinten Nationen geschaffener Mechanismus, der im Abstand von vier bis fünf Jahren alle Mitgliedsstaaten der Uno aufruft, ihre Menschenrechtslage darzulegen, zu diskutieren und Verbesserungen anzustreben. Dafür werden Regierungsmitglieder, Nichtregierungsorganisationen und Vertreter ausländischer Botschaften aufgefordert, ihre Stellungnahmen abzugeben. „Keiner der 197 UN-Mitgliedsstaaten kann sich dem entziehen“, sagt Lochbihler.

So beklagt das Kairoer Institut für Menschenrechtsstudien, dass die ägyptische Regierung in den Jahren zwischen der ersten und der zweiten Anhörung in Genf lediglich Wäsche weißgewaschen hätte und die sogenannte nationale Menschenrechtsstrategie und der nationale Dialog, der als Fortschritt gepriesen wird, eine Farce sei. Bei den Präsidentschaftswahlen 2023 seien ernst zu nehmende Kandidaten inhaftiert worden, freie und faire Wahlen habe es nicht gegeben. Auch für die Parlamentswahlen 2022 seien Kandidaten unter dem Vorwand des Terrorismusverdachts jahrelang ohne Gerichtsverfahren im Gefängnis verblieben. Während das Regime sich immer wieder damit brüstet, Gefangene freigelassen zu haben, seien in den letzten Jahren mehr Menschen inhaftiert, als freigelassen worden. Ägypten sei nach dem Sturz Assads in Syrien nun das Land mit der meisten Anzahl von poli-



Barbara Lochbihler überprüft die weltweite Menschenrechtslage. FOTO: BARBARA DIETL



Zerstörte Häuser und Gebäude blieben nach der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) übrig.

FOTO: ISMAEL ADNAN/DPA

lische Gefangenen in der Region, so die Organisation.

Für den Irak ging es vornehmlich um erzwungenes Verschwindenlassen. Barbara Lochbihler reiste mit einem Team durch das Zweistromland, sprach mit vielen Betroffenen, Organisationen und auch staatlichen Behörden. Ihr Fazit: „Es verwischt im Irak.“ Es gäbe Tausende von verschwundenen Personen, das Land habe eine Fülle von Rechtsakten, die mit den verschiedenen Zeitepochen zusammenhängen.

Die Baath-Partei-Zeit und der Krieg gegen den Iran sei am weitesten aufgearbeitet, bei der Besetzung der Amerikaner gehe nicht viel weiter. „Es ist unheimlich schwierig für mich, diese Arbeit zu strukturieren. Aber was ich definitiv sagen kann, ist, dass die gesamte irakische Gesellschaft davon betroffen ist. Es gibt keine irakische Familie, die kein Opfer hat, keinen Vermissten, keinen Verschwundenen. Es geht den Familien nicht nur um Kompensation, sondern auch um Trauer, um Erinnerung, um Aufarbeitung, um zu wissen, wer für diese Verbrechen verantwortlich ist. Aber das scheut sich der Staat oft.“ Die Aufarbeitung der jüngsten Ereignisse, die IS-Zeit, der Genozid

an den Jesiden, sei besonders schwierig. Der irakische Staat habe zwar Zugang zu neuen Technologien wie DNA-Analysen und forensischen Erkenntnissen, setze sie aber oft nicht ein. Ein großes Problem hier sei die mangelhafte Zusammenarbeit staatlicher Stellen.

Im Iran hat sich die Situation der Menschenrechte gewaltig verschlechtert. Die Liga für die Verteidigung der Menschenrechte, die im Land selbst verboten ist, erstellte einen Bericht, den sie in Genf vorlegte. Todesstrafe, Frauenrechte, Schutz von Minderheiten, die Behandlung politischer Gefangener: Alles sei viel schlimmer geworden. Die friedlichen Proteste 2022 und 2023 seien gewaltvoll und systematisch niedergeschlagen worden. Der Iran sei an erster Stelle weltweit beim Vollstrecken der Todesstrafe. Restriktivere Gesetze zur Kleiderordnung für Frauen würden die Proteste der Frauen für mehr Rechte weiter einschränken und ersticken. In der Justiz sind Frauen lediglich zur Beratung beim Familienrecht eingesetzt. Sie dürfen keine selbstständigen Urteile fällen, sondern müssen immer einen männlichen Kollegen zur Seite haben, der seine Unterschrift unter die Urteile setzt, die ansonsten nicht rechtskräftig sind.

Die Baath-Partei-Zeit und der Krieg gegen den Iran sei am weitesten aufgearbeitet, bei der Besetzung der Amerikaner gehe nicht viel weiter. „Es ist unheimlich schwierig für mich, diese Arbeit zu strukturieren. Aber was ich definitiv sagen kann, ist, dass die gesamte irakische Gesellschaft davon betroffen ist. Es gibt keine irakische Familie, die kein Opfer hat, keinen Vermissten, keinen Verschwundenen. Es geht den Familien nicht nur um Kompensation, sondern auch um Trauer, um Erinnerung, um Aufarbeitung, um zu wissen, wer für diese Verbrechen verantwortlich ist. Aber das scheut sich der Staat oft.“ Die Aufarbeitung der jüngsten Ereignisse, die IS-Zeit, der Genozid

Trump komplettiert sein Kabinett der Jasager

Mit Robert F. Kennedy hat Donald Trump einen weiteren höchst umstrittenen Kandidaten durch den Senat gebracht

VON THILO KÖSSLER

Washington. Den ersten Aufritten des neuen US-Verteidigungsministers auf der internationalen Bühne in Brüssel oder in München ist zu entnehmen, welche Qualitäten ein Mitglied des Kabinetts von Donald Trump vorzuweisen hat: Pete Hegseth ist gut aussehend. Telegen. Und vor allem: absolut loyal.

Hegseth, ehemaliger TV-Moderator bei Fox News, war einer der umstrittensten Kandidaten, die Donald Trump für sein Kabinett aufbot. Er verfügte über keinerlei Qualifikation mit Blick auf die Leitung dieser Riesenbehörde Pentagon. Sein Alkoholkonsum und Berichte über sexuelle Übergriffe ließen überdies Zweifel an der persönlichen Eignung aufkommen. Doch Hegseth kam durch – mit den Stimmen der Republikaner und des herbeigeilten Vizepräsidenten JD Vance.

Jetzt ist mit Robert F. Kennedy der nächste zweifelhafte Kandidat vom Senat bestätigt worden: Der ausgewiesene Impfgegner, ehemaliger Demokrat und Präsidentschaftsbewerber, soll den riesigen Apparat der amerikanischen Gesundheitsbehörde leiten. Und dies, obwohl er noch in seiner Befragung eklatante Wissenslücken offenbarte und mit der unhaltbaren These aufwartete, Impfstoffe würden nicht genug getestet und seien deshalb gefährlich. Der Senat hätte

auf die Expertise des langjährigen Leiters der American Public Health Association hören können, der erklärte: „Kennedys Vorgesichte hat gezeigt, dass er sich weder an die Wissenschaft noch an die Fakten hält.“ Doch am Ende gab es nur eine einzige Gegenstimme in den Reihen der republikanischen Senatoren – sie kam von dem 82-jährigen Mitch McConnell, der als Kind an Polio erkrankt war.

Mitch McConnell war dann auch der ein-

zige standhafte Republikaner, der Tulsi Gabbard die Stimme verweigerte. Gabbard wird als Direktorin des Nationalen Nachrichtendienstes alle 18 US-Geheimdienste kontrollieren. Dabei verfügt die 43-jährige ehemalige Demokratin aus Hawaii über keinerlei sicherheitspolitische Expertise. Stattdessen machte sie wegen ihrer Putin-freundlichen Haltung von sich reden, weil sie dessen Darstellung übernahm, die Invasion in der Ukraine sei eine Reaktion auf die Erweiterung

der Nato gewesen und deshalb zu rechtfertigen. Sie trat immer wieder in Sendungen des russischen Fernsehens auf und wurde dort „als Freundin Russlands“ begrüßt. Alle Senatoren der Demokraten warnten vor dem Sicherheitsrisiko, dass Gabbard darstelle – mit ihr als oberster Geheimdienstchefin könne man gewissermaßen eine Standleitung nach Moskau schalten. Doch Gabbard bekam den Job – mit den Stimmen der Republikaner.

Im Ergebnis präsentiert sich unter Donald Trump ein Kabinett, das nach den Kriterien der Loyalität, aber nicht der Qualifikation ausgesucht wurde. So haben die USA jetzt eine Erziehungsministerin, die ihr Ministerium abschaffen soll. Einen Umweltminister, der alle Umweltrichtlinien schleifen soll. Und eine Justizministerin, die all jenen Beamten nachstellen soll, die an den Ermittlungen gegen Donald Trump beteiligt waren.

Für all das gibt es eine einfache Erklärung: In der republikanischen Partei geht die Angst vor Donald Trump um. Er hat seine Partei fest im Griff – wer aufmuckt, muss um seinen Sitz im Kongress fürchten. Das hat allerdings schwerwiegende politische Konsequenzen: In ihrem unbedingten Gehorsam nehmen die Republikaner nicht mehr wahr, Kontrollinstanz des Präsidenten zu sein.



Das Nato-Treffen war der erste internationale Auftritt des US-Verteidigungsministers Pete Hegseth. FOTO: WIKTOR DABKOWSKI/ZUMA PRESS WIRE